

VORRANG FÜR DIE ZUKUNFT

Welche Chancen die Digitalisierung für Österreich bringt und warum das Land eine Technologie-Offensive braucht.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034997 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



ANALYSE
Industrie-Konjunktur
erreichte Plafond

Seite 4



AUSBLICK
Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit
sind kein Widerspruch

Seite 5



WIEN
EU braucht
USA-China-Strategie

Seite 10

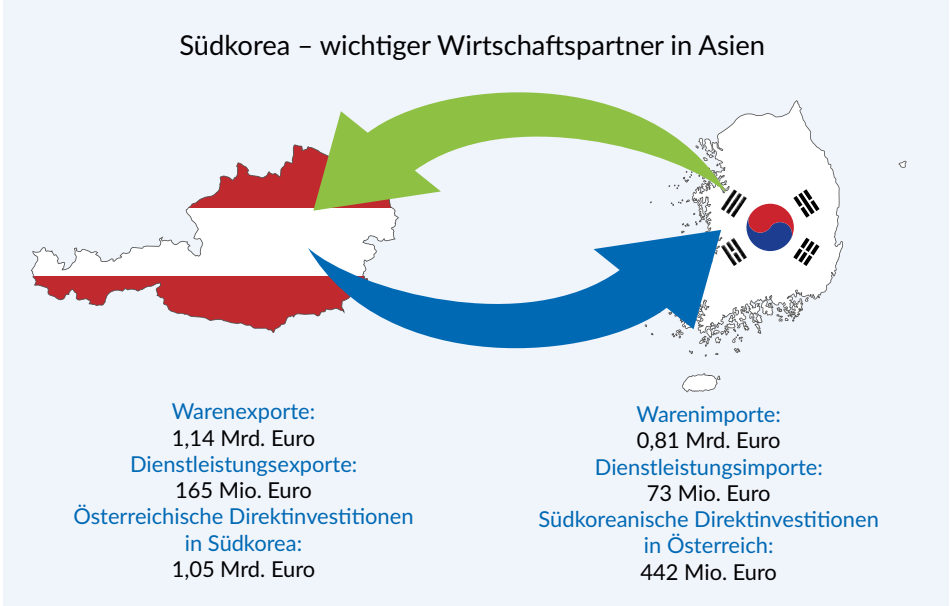
Wie Südkorea seine Technologie-Kompetenz weiter ausbauen möchte

Mit dem New Deal will der asiatische Tiger bis 2025 rund 120 Mrd. Euro investieren. Das könnte auch für österreichische Unternehmen Chancen eröffnen.

Im medialen Schatten von China und Japan hat sich Südkorea zu einem High-Tech-Standort entwickelt und steht in einigen Technologiebereichen an der globalen Spitze. Es beheimatet unter anderem neben dem Weltmarktführer bei Smartphones auch Batterie- und Displayhersteller von internationalem Rang, südkoreanische Chiphersteller sind heute wichtige Player am Weltmarkt. Zudem ist Südkorea Pionier bei 5G-Mobilnetzen und hat bereits erste Schritte zu 6G-Netzen getestet. Der ökonomische Wandel des asiatischen Tigerstaates ist außergewöhnlich: In den 1950er-Jahren noch eines der ärmsten Länder der Welt, hat es sich 2020 zur zehntgrößten Volkswirtschaft der Erde hochgearbeitet.

Digitalisierung, Ökologie & Soziales

Der sogenannte New Deal bildet derzeit das Kernstück der koreanischen Wirtschaftsstrategie und war auch Thema beim Wien-Besuch von Südkoreas Staatspräsidenten Moon Jae-in im Sommer. Das Programm soll dazu beitragen, das 51 Mio.- Einwohner-Land in der Post-Corona-Zeit zum Weltmarktführer bei Akkus, Chips, Mobiltechnik und Umwelttechnologien aufzubauen. Bis 2025 sollen rund 120 Mrd. Euro an öffentlichen und privaten Investitionen in die drei Säulen des Programms fließen: „Digital New Deal“, „Green New Deal“ und „Social Safety Net“. Im selben Zeitraum sollen dadurch 1,9 Mio. Arbeitsplätze entstehen. Konkrete Schwerpunkte sind dabei unter



Südkorea ist Österreichs drittgrößter Handelspartner in Asien. Während heimische Unternehmen vor allem Fahrzeugteile, Maschinen und elektronische Produkte exportieren, werden vor allem Fahrzeuggüter und elektrische Güter importiert. Rund 60 österreichische Unternehmen sind mit Niederlassungen vor Ort vertreten.

anderem die Sammlung großer Datenmengen, umweltfreundliche Fahrzeuge, die Digitalisierung der Infrastruktur, die Produktion grüner Energie und der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI). In welcher Geschwindigkeit sich all das umsetzen lässt, gilt es allerdings abzuwarten.

Stärken will Südkorea insbesondere Digitalwirtschaft und Dienstleistungen, bei denen kein körperlicher Kontakt notwendig ist.

Dazu zählen Daten, Netzwerke und KI. Auch die Infrastruktur, etwa in Verkehr, Stadtplanung, Logistik und bei Wasserressourcen, soll digitalisiert werden. Dafür sollen 142.000 Datensätze des öffentlichen Sektors frei zugänglich sowie Daten etwa in der Industrie und im Gesundheitswesen gesammelt werden. In verschiedenen Sektoren will man große Datenplattformen schaffen und Daten für das Lernen mit KI sammeln. Industrie und Regierung sollen 5G-Technologien

und KI stärker nutzen, etwa beim autonomen Fahren von Autos und Schiffen, in intelligenten Fabriken und bei Dienstleistungen für zuhause. Mit dem Green New Deal hält die südkoreanische Regierung an ihren Klimaschutzzielen fest. Dabei setzt sie unter anderem auf mehr Energieeffizienz durch den Einsatz erneuerbarer Energien, intelligenter Stromzähler und besserer Isolierung in öffentlichen Gebäuden.

EU-Korea-Abkommen hat sich bewährt

Während das Hauptziel des koreanischen New Deal die Förderung südkoreanischer Unternehmen und Aufstieg sowie Absicherung technologischer Führerschaft ist, bietet dieses Projekt auch Möglichkeiten für ausländische Unternehmen, eine aktive Rolle zu übernehmen. Südkorea ist für Österreich drittgrößter Wirtschaftspartner in Asien – nach China und Japan. Interessant in diesem Zusammenhang, dass Deutschland bereits mehr nach Südkorea als in das größere Japan exportiert.

Übrigens zeigt sich auch hier, wie wichtig gut gemachte Freihandelsabkommen für exportstarke Länder wie Österreich oder Deutschland sind. Sie sind notwendiger Türöffner für Exporte und stärken damit Arbeitsplätze und Wohlstand. Mit 2021 ist das EU-Korea-Abkommen 10 Jahre in Kraft. Die Folge: Der bilaterale Warenhandel ist seitdem um 46 Prozent gestiegen.

GASTKOMMENTAR

Schwierige Suche nach neuen Brückenbauern

Im Kleinstaat Österreich klappt ein Graben zwischen grandiosen politischen Ambitionen und der Realität. Etwas mehr gesundes Mittelmaß könnte auch Enttäuschungen vorbeugen.

Österreich ist wie die Schweiz ein Kleinstaat. Doch während mein Heimatland kein eindeutiges Zentrum hat, zieht die Metropole Wien wie ein Magnet Geld und Einfluss an sich. Das ist durchaus ein entscheidender Unterschied, denn während die Schweizer mit ihrer Durchschnittlichkeit gut leben können, ist Wien dafür zu glanzvoll, als in Stein gegossene Erinnerung vergangener Größe. Status und Prestige spielen auch in der öffentlichen Inszenierung von Politik eine viel größere Rolle.

Im Rest des Landes führt dies zu Irritationen, wobei dem Anti-Wien-Reflex das Desinteresse vieler Hauptstädter am eigenen Hinterland entgegensteht. Zwischen Wien und Bregenz liegen jedenfalls Welten, ganz zu schweigen von Bad Eisenkappel oder Drasenhofen. Über den faszinierenden Ost-West-Graben in Österreich könnte der Auslandskorrespondent mit etwas mehr Zeit wohl ganze Bücher schreiben.

Auch wenn Österreich einen egalitären Mythos pflegt und diesen durch einen Umverteilungs-Apparat alimentiert, sind die Unterschiede zwischen Stadt und Land, Arm

und Reich, Einwanderern und Autochthonen riesig. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Globalisierung, denen das Einwanderungs- und Exportland Österreich trotz seinem kleinstaatlichen Selbstverständnis stark ausgesetzt ist, werden diese Gräben in Zukunft noch wachsen lassen.

Angesichts dieser Gemengelage fragt man sich als Beobachter, wo die integrativen Kräfte im Land liegen und welche Institutionen die Kommunikation über die Differenzen hinweg sicherstellen. Die Gegenwart ist dafür ein spannender Ansatzpunkt: Innert einer relativ kurzen Zeit haben sich viele traditionelle Milieus aufgelöst. Die Machtteilung zwischen einem roten und schwarzen Lager, die Versöhnung und Wohlstand nach dem Zweiten Weltkrieg schuf, hat sich erschöpft. Die Sprengung der Großen Koalition durch das Ausnahmetalent Sebastian Kurz war 2017 die logische Folge.

Das Genie von Kurz besteht darin, dass er Erneuerung und ein Ende der Stagnation verspricht, gleichzeitig aber ein perfektes Produkt des österreichischen Machtsystems ist. Doch das Gefälle zwischen Anspruch und Realität ist riesig. Die Türkisen wollen

stets die Besten sein und die Ersten – bei der Pandemiebekämpfung, in Europa, beim Austesten pionierhafter neuer Koalitionen mit Blauen und Grünen.

Doch nach vier Jahren an der Spitze ist der Leistungs- und Reformausweis eher ernüchternd, wofür nicht nur „Ibiza“, die Pandemie und Chat-Affären verantwortlich sind. Vielmehr bleibt der Eindruck, dass Kurz und sein Team Ankündigungen und medienwirksame Auftritte besser beherrschen als das politisch oft undankbare Bohren dicker Bretter. Die stark vom Boulevard geprägte Presselandschaft schafft allerdings auch wenig Anreize für vertiefte Diskussionen.

Es herrscht somit eine gewisse Sprachlosigkeit in Österreich: Man redet aneinander vorbei statt miteinander. Unter diesen Umständen nachhaltig politische Stabilität zu schaffen, ist schwierig. Dies zeigt sich in der türkis-grünen Koalition, die das Beste zweier Welten versprach. Doch nach eineinhalb Jahren wird immer klarer, dass die zwei Welten kaum kompatibel sind; statt gemeinsame Prioritäten zu bestimmen und diese auch gegen Widerstände zu vertreten, sabotieren sich die beiden Parteien lieber gegenseitig.

Um dies zu ändern, wären mehr Kompromissfähigkeit, die Pflege des Konsenses und parteienübergreifender Institutionen ein Anfang. Diese Politikform ist zwar unspektakulär. Sie würde aber nicht nur das Gefälle zwischen Ambition und Realität etwas verringern, sondern vielleicht auch die Bruchlinien im Land. Gesundes Mittelmaß passt jedenfalls besser zu einem Kleinstaat als zu viel Grandezza.



Ivo Mijnsen ist Präsident des Verbandes der Auslandspresse in Wien und Korrespondent für Österreich und die Visegrad-Staaten der „Neuen Zürcher Zeitung“.

Foto: AdobeStock, Ivo Mijnsen

Kühler Kopf statt heißer Herbst

Als Motor für den Aufschwung braucht die Industrie den richtigen Treibstoff.

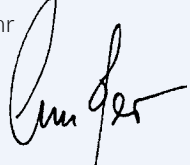
Ökosoziale Steuerreform, Arbeitsmarktpaket, Unwägbarkeiten aus der COVID-Entwicklung – als Motor des Aufschwungs braucht der servointerindustrielle Sektor weiter den richtigen Treibstoff.

Die neueste Analyse unseres Chefökonom Christian Helmenstein zeigt in beeindruckender Weise die Rolle, die Produktion und unternehmensnahe Dienstleistungen für den Aufschwung der österreichischen Volkswirtschaft spielen: In diesem Jahr wird deren Anteil am Wachstum bei rund 2/3 (!) liegen. Dieser also hauptsächlich industriegetragene Aufschwung nach der Corona-Krise ist allenthalben spürbar – aber er ist kein Selbstläufer. Das heißt, Standortpolitik bleibt gefragt!

Die Bundesregierung hat dafür bereits wichtige Maßnahmen umgesetzt, für die sich die Industrie eingesetzt hatte: Die Investitionsprämie bietet überaus wirksame Anreize für Investitionen in Österreich und entfaltet auch in den kommenden Monaten und Jahren einen bedeutenden Konjunkturimpuls. Zusätzliche Investitionen werden durch die Mittel aus dem EU-Wiederaufbaufonds möglich. Wertvolle bürokratische Entlastung bringt wiederum die Abschaffung des Kumulationsprinzips mit der Novelle im Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz. Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz weist grosso modo ebenfalls in die richtige Richtung.

Doch es gilt diesen Kurs konsequent weiterzuverfolgen. Allem voran mit einer ökosozialen Steuerreform, die Betriebe entlastet und, gerade auch was die Stärkung des Eigenkapitals betrifft, positive Anreize setzt – was natürlich auch für das Klimaschutzgesetz gilt, das klug umgesetzt werden soll und nicht Demokratie einschränkt und Österreich zu einem Bevormundungsstaat macht. Ganz entscheidend ist zudem die Bekämpfung des Fachkräftemangels sowohl mit der Weiterentwicklung des Ausbildungssystems wie auch mit einer Arbeitsmarktreform, die Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit attraktiv macht. Digitalisierung und Forschung müssen ebenso klare Prioritäten sein wie professionelles Corona-Management: Impfungen sind der einzige Weg, um die Pandemie und ihre Folgen für Gesundheit von Menschen und Wirtschaft zu bekämpfen. So müssen sie auch propagiert und incentiviert werden.

All das braucht einen kühlen Kopf und sachliche – nicht ideologische – Zugänge. Das sollte nach einer geschlagenen Wahl in Oberösterreich gut möglich sein. Zum Wohl des ganzen Landes.

Ihr


Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 13. September war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter: www.iv.at



„Österreichs Konjunkturlokomotiven Industrie und Bau sind weiterhin kräftig in Fahrt, wenn auch mit etwas weniger Schub als zuletzt.“

Tobias Thomas
Statistik Austria-Generaldirektor



„Industrienationen, die den Kapitalmarkt zu nutzen wissen, werden schneller und nachhaltiger wachsen. Gleichzeitig erhalten die Bürger die Möglichkeit, ihr Kapital in innovative Unternehmen zu investieren.“

Christoph Boschan
CEO Wiener Börse AG



„Die Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass ich profitiere, wenn ich klimafreundlich agiere, und draufzahle, wenn ich es nicht mache.“

Hermann Erlach
CEO Microsoft Österreich GmbH

G
N
U
N
Z
E
I
N
E
N

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS

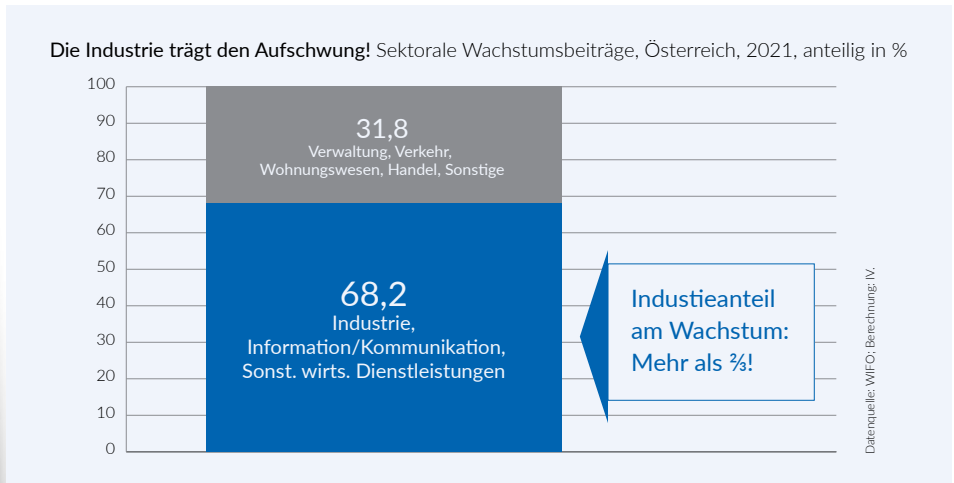


GRAFIK DES MONATS

Wachstumsmotor Industrie

Die Industrie und die mit ihr verbundenen Sektoren haben Österreich nicht nur maßgeblich durch die Krise getragen. Sie haben die Rolle der Wachstumslokomotive übernommen und sichern damit Arbeitsplätze und Lebensqualität im Land. In einer dichten Abfolge aus Kaltstartfähigkeit, rascher Kraftentfaltung und hohem Drehmoment fungiert die inländische Industrie bereits

seit der zweiten Jahreshälfte des Vorjahres als Motor der heimischen Erholungsdynamik. Wie die aktuelle Grafik des Monats zeigt, trägt die Industrie in Verbindung mit den unternehmensnahen Dienstleistungen zwei Drittel der Aufschwungsdynamik. Wachstumsimpulse aus dem Dienstleistungssektor entstammen vor allem dem Handel, Banken und Versicherungen sowie dem Transportsektor.



ZAHL DES MONATS

55.500

Schon heute herrscht hohe Dynamik am Arbeitsmarkt im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT). So liegt Österreich beim Jobwachstum von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Ingenieurinnen und Ingenieuren auf Rang 2 in Europa. Bis 2025 wird mit 55.500 neuen hochqualifizierten MINT-Jobs gerechnet, fast 29.000 allein im IKT-Bereich.

Das bestätigt die ausgezeichneten Karrierechancen im MINT-Bereich. Auf der anderen Seite haben drei von vier Industrieunternehmen seit Jahren Personalengpässe in Technik und Produktion sowie F&E. Digitalisierungsqualifikationen wie Informatik oder Automatisierungstechnik haben während der Corona-Krise nochmals an Bedeutung zugelegt.



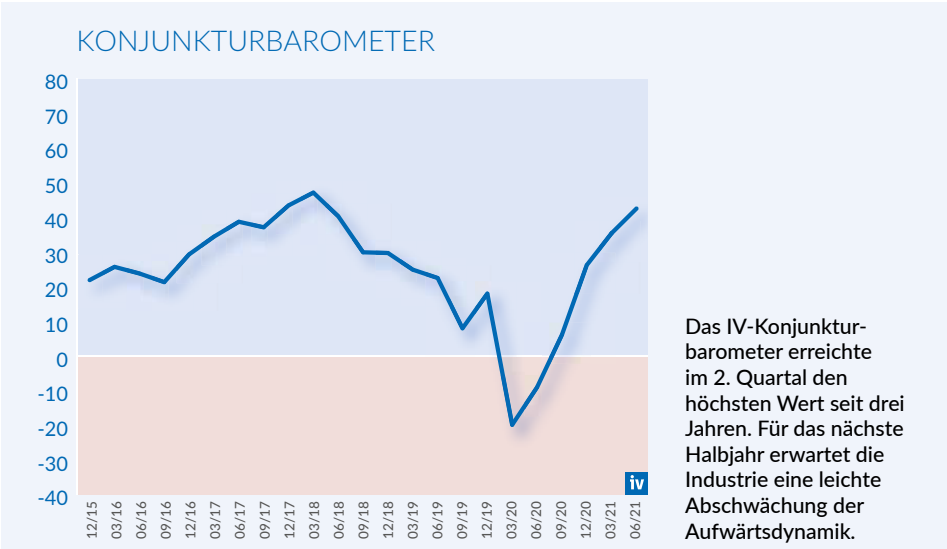
Industrie-Konjunktur erreichte im Sommer ihren Plafond

Für 2021 erwartet die IV 3,5 Prozent Wirtschaftswachstum. Ob die Aufwärtsdynamik weiter anhält und wie sie sich entwickelt, zeigt das aktuelle IV-Konjunkturbarometer.

Die konjunkturelle Erholungsdynamik in der heimischen Industrie hat während der Sommermonate ihren Plafond erreicht, geht aus der jüngsten IV-Konjunkturumfrage zum zweiten Quartal 2021 hervor. Das IV-Konjunkturbarometer – der Mittelwert der Beurteilungen der gegenwärtigen Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten – kletterte auf 42,5 Punkte und damit den höchsten Wert seit drei Jahren. Getragen wird dieser Anstieg allerdings ausschließlich von der Einschätzung der aktuellen Geschäftslage. Für die nächsten Monate rechnen die Unternehmen wieder mit etwas mehr Gegenwind. Dementsprechend trüben sich die Geschäftsaussichten in sechs Monaten zum zweiten Mal in Folge leicht von +19 auf +16 Punkte ein. IV-Chefökonom Christian Helmenstein erklärt dies mit Engpässen bei der Verfügbarkeit bestimmter Vorprodukte, insbesondere Halbleitern. Auf dem Markt für Baumaterialien ortet er hingegen bereits Anzeichen für eine allmähliche Entspannung.

Volkswirtschaft erreicht Vor-Krisen-Niveau im 3. Quartal

Was erwartet die Industrie im zweiten Halbjahr 2021? Die Aufwärtsdynamik wird sich abschwächen, aber nicht abreißen – sofern



Das IV-Konjunkturbarometer erreichte im 2. Quartal den höchsten Wert seit drei Jahren. Für das nächste Halbjahr erwartet die Industrie eine leichte Abschwächung der Aufwärtsdynamik.

keine „unvorhersehbaren exogenen Schocks“ auftreten. Als Gründe nennt Helmenstein die weiterhin ultraexpansive EZB-Geldpolitik sowie fiskalische Stimuli wie insbesondere die Investitionsprämie. „Für die österreichische Gesamtwirtschaft zeichnet sich 2021 eine kräftige Erholung mit einem BIP-Wachstum von rund 3,5 Prozent ab“, lautet die Prognose des IV-Chefökonom. Die österreichische Volkswirtschaft dürfte während des dritten Quartals ihr Vor-Corona-Niveau wieder erreichen. In der Industrie wurde diese Marke

schon gegen Ende des ersten Quartals dieses Jahres erreicht. Laut Statistik Austria lag der produzierende Bereich im Juli um zehn Prozent über dem Niveau vom Sommer 2019.

Fachkräftemangel hemmt Erholungsdynamik

Auch für den Arbeitsmarkt sind das grundsätzlich positive Nachrichten: Die Industrie steht in Österreich trotz Corona-Krise für rund eine Million Arbeitsplätze. Der Konjunkturindikator „Beschäftigtenstand“ legt

auf +36 Punkte zu – der höchste Wert seit Ausbruch der internationalen Finanzkrise 2008. Zwei von fünf Unternehmen beabsichtigen, ihren Beschäftigtenstand im laufenden dritten Quartal aufzustocken. Allerdings mit einer Einschränkung: „Es realisiert sich die scheinbar paradoxe Entwicklung des Nebeneinanders einer nach wie vor hohen Unterbeschäftigung in Form von Arbeitslosigkeit einerseits und eines sich rasch verschärfenden Fachkräftemangels andererseits. Letzterer trägt ebenfalls dazu bei, dass eine weitere Dynamisierung des Erholungstrends in der österreichischen Industrie nicht mehr zu erwarten ist“, so Helmenstein.

Umso wichtiger sind jetzt aus Sicht der Industrie stabile Rahmenbedingungen für Unternehmen und ihre Beschäftigten, um das Wachstum in Österreich und den Aufbau von Arbeitsplätzen nachhaltig zu stärken. An der Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung beteiligten sich 394 Unternehmen mit rund 277.700 Beschäftigten.

WEBTIPP

Ausführliche Informationen über das IV-Konjunkturbarometer finden Sie unter www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

Neuer Internetauftritt der Industrie

Seit August hat die Industriellenvereinigung eine neue Website. In neuem modernem Design und noch benutzerfreundlicher werden die Themen und Positionen der Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren kompakt und informativ aufbereitet. Ob Smart Phone, PC oder Tablet – optimales responsive Design gewährleistet Benutzerfreundlichkeit auf allen Endgeräten. Für IV-Mitglieder wurde der Premiumbereich überarbeitet und attraktiver positioniert. Alle Nachrichten und Informationen aus IV-Mitgliedermedien sind übersichtlich zusammengestellt. Zudem gibt es einen Überblick über die nächsten IV-Veranstaltungen und IV-Termine sowie die Kontaktdaten zu den IV-Expertinnen und -Experten aus allen Fachbereichen sowie den Landesgruppen.

Über wichtige politische Entwicklungen oder weitere News können sich IV-Mitglieder künftig direkt via Push-Notification auf ihrem Smart Phone informieren lassen. Neu ist zudem die höhere Reichweite durch Suchmaschinenoptimierung. Eine neue Struktur ermöglicht es, die Sichtbarkeit der Website weiter zu erhöhen und mehr Menschen über die Themen, Anliegen und Argumente der Industrie zu informieren. www.iv.at



IV-Präsidiumsklausur in Kärnten

Die diesjährige IV-Präsidiumsklausur fand im September in Pörtlach und Villach statt. Im Fokus des Treffens der Spitzen der IV-Bundesorganisation, der Präsidenten der IV-Landesgruppen und dem Bundesvorsitzenden der Jungen Industrie stand die strategische Ausrichtung der IV-Arbeit in den kommenden Monaten.

Schwerpunkte werden dabei die großen Themen, wie die Begleitung der ökologischen Steuerreform, des Klimaschutzgesetzes oder der Arbeitsmarktreform, sein. Ebenfalls auf der Agenda weit oben stehen eine umfassende Strategie sowie konkrete Maßnahmen, um den Fachkräftemangel einzudämmen.



Sommerschule 2021: Industrie unterstützte Buddies

725 Buddy-Schüler trugen zum Gelingen der Sommerschule 2021 bei. Dabei halfen sie ihren Schulkollegen, die in den Ferien individuell und gezielt gefördert wurden.

Ein besonderes Commitment gab es heuer von Seiten der Industrie für die Initiative „Sommerschule“. Gemeinsam mit AVL List, Robert Bosch AG und Geberit Produktions GmbH & Co KG hat die IV alle im Rahmen der Sommerschule tätigen Buddies unterstützt – als Dankeschön für ihr großartiges Engagement gab es für alle Buddies einen Gutschein für das Buchhandelsunternehmen Thalia.

725 leistungsstarke Oberstufenschüler haben sich heuer in ganz Österreich freiwillig als Buddy gemeldet. Ihre Aufgabe war es, den Lehrkräften und Studierenden zu assistieren und am projektorientierten Unterricht in der Sommerschule mitzuwirken. Gleichzeitig übernahmen sie auch eine Vorbild- und Leitbildfunktion für die jüngeren

„Sommerschüler“. Und wer weiß: Vielleicht führt das Kennenlernen des Schullebens aus einer anderen Perspektive dazu, den einen oder anderen Buddy als künftigen Pädagogen zu gewinnen.

Die IV sieht die Sommerschule generell als wichtiges und begrüßenswertes Bildungsangebot. Denn eineinhalb Jahre Distance-Learning und Schichtbetrieb haben die Bildungsungleichheiten vergrößert, das generelle Leistungsniveau beeinflusst und alle Betroffenen oft an ihre sprichwörtlichen Belastungsgrenzen gebracht. Aber auch unabhängig von Corona brauchen viele Schüler im Sommer Hilfe beim Aufholen des Lernstoffs. Daher sollte die Sommerschule als dauerhafte Initiative mit einem breiten Unterstützungsangebot institutionalisiert werden.



Bildungsminister Heinz Faßmann und IV-Generalsekretär Christoph Neumayer im Gespräch mit Buddy Luca Schelander.

Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit dürfen kein Widerspruch sein

Warum das EU-Paket „Fit for 55“ keine hinreichende Perspektive für eine auch wirtschaftlich erfolgreiche klimapolitische Transformation bietet und in welchen Bereichen nachgebessert werden muss.

Im Vergleich zu den USA oder dem größten CO₂-Emittenten China hat sich die EU sehr ambitionierte Klimaschutzziele verordnet und diese auch bereits rechtlich verankert. Bis 2030 soll der Ausstoß von Treibhausgasen um 55 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden, zwanzig Jahre später soll Klimaneutralität erreicht werden. Zum Vergleich: Im Frühjahr hatten die USA immerhin angekündigt, ihre Emissionen bis 2030 um mindestens 50 Prozent gegenüber 2005 zu verringern. Ein Ziel für die Klimaneutralität fehlt freilich und ob diese Ankündigung über die Präsidentschaft Biden hinaus Bestand hat, darf angesichts wiederholter Kurswechsel der US-Regierung in Klimafragen bezweifelt werden. So wurde das von Bill Clinton verhandelte Kyoto-Protokoll von Nachfolger George W. Bush nicht ratifiziert und Donald Trump korrigierte die Zusagen von Barack Obama im Rahmen des Paris-Abkommens. China seinerseits plant laut eigenen Angaben bis 2030 seinen CO₂-Emissionszuwachs zu stabilisieren, bis 2060 soll das Land CO₂-neutral sein. Nicht übersehen werden darf aber, dass sich derzeit im Reich der Mitte laut Medienberichten mehr als 350 Kohlekraftwerke im Bau befinden. Auch umfasst Chinas Emissionshandel lediglich den Stromsektor, nicht jedoch seine Schwerindustrie.

Belastungen im Widerspruch zu Investitionsbedarf

Die Europäische Kommission hat im Juli mit „Fit for 55“ ein Paket vorgelegt, wie das EU-Ziel erreicht werden soll. Konkret betroffen



sind weite Teile der EU-Gesetzgebung in den Bereichen Klima, Energie und Mobilität. So soll etwa das EU-2030-Erneuerbaren-Ziel auf 40 Prozent und jenes für Energieeffizienz auf 36 Prozent erhöht werden. Für den Transportbereich ist eine Reduktion der Emissionen von Fahrzeugen um minus 55 Prozent bis 2030 geplant. Auch soll ein eigenes Emissionshandelssystem für Verkehr und Gebäudebereich geschaffen werden. Ein besonders kritischer Vorschlag der Kommission betrifft jedoch die schrittweise aber dennoch drastische Reduktion von Freizuteilung der Zertifikate im Emissionshandelssystem (ETS). Aus Sicht der Industrie ist das der falsche Weg. Ein neuer CO₂-Grenzsteuerausgleichsmechanismus (CBAM) soll diese Schwächung des Abwanderungs- und

Verlagerungsschutzes (Carbon Leakage-Schutz) für betroffene Sektoren zwar auffangen. Dieser zielt darauf ab, EU-Importe wie Stahl, Aluminium, Zement oder gewisse chemische Produkte aus Regionen mit geringerem Umweltschutz zu verteuern. Ursprünglich hatte die Kommission geplant vorzuschlagen, bei Einführung eines CBAM die Freizuteilung noch weit schneller zu reduzieren. Dies konnten der europäische Arbeitgeberverband BusinessEurope und die Industriellenvereinigung durch Überzeugungsarbeit vorläufig abwenden.

Industrie als Ermöglicher der Klimatransformation

Die Industrie unterstützt grundsätzlich das Ziel, langfristig klimaneutral zu werden.

Allerdings müssen die damit verbundenen Maßnahmen europäischen Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen ermöglichen. Solange dies nicht sichergestellt ist, braucht es einen ausreichenden Abwanderungsschutz. Das vorgelegte Paket genügt nicht im Ansatz, um Industrieunternehmen, die sich in einem globalen Wettbewerb befinden, eine hinreichende Perspektive für eine erfolgreiche Transformation am Standort Europa zu eröffnen. Dabei sind die Industriebetriebe mit ihrer Innovationskraft die Ermöglicher der Klimatransformation. Statt sie einseitig zu belasten, braucht es Unterstützung für die notwendigen massiven Investitionen, und zwar zusätzlich zu den zum Teil vorgesehenen Finanzierungsunterstützungen. Sonst wird umweltfreundliche Produktion in Europa bestraft. Auch der grundsätzlich sinnvolle Grenzsteuerausgleichsmechanismus wird dies nicht wettmachen können.

Wie geht es weiter? Die politischen Verhandlungen im EU-Rat und Europäischen Parlament werden rund zwei Jahre dauern. Gemeinsam mit BusinessEurope wird sich die IV für die berechtigten Anliegen der heimischen Industrie einsetzen. Denn nirgendwo auf der Welt wird eine Tonne Zement mit weniger CO₂-Emissionen produziert als in Europa und auch die heimische Eisen- und Stahlindustrie ist Benchmark bei Nachhaltigkeit. Somit ist der Erhalt industrieller Produktion in der EU nicht nur für die Sicherung von Arbeitsplätzen, sondern auch klimapolitisch in aller Interesse.

Arbeitsmarktreform für 2022 angekündigt

Trotz hoher Arbeitslosigkeit ist die Zahl der offenen Stellen auf Rekordniveau.

In welchen Bereichen strukturelle Verbesserungen notwendig sind, zeigt die Industrie.

Die Arbeitslosigkeit hat sich im August weiter erhöht und beinahe das Vor-Krisen-Niveau erreicht. So sind nur noch rund 7.000 Personen mehr arbeitslos gemeldet als im August 2019. Bei einem Stand von weniger als 350.000 Arbeitssuchenden ist für Arbeitsminister Martin Kocher der richtige Zeitpunkt gekommen, um eine Arbeitsmarktreform zu starten. Bis Jahresende hat er Gespräche über die „Arbeitslosenversicherung Neu“ angekündigt, entsprechende Gesetzesänderungen sollen im ersten Quartal 2022 erfolgen.

Beschäftigungsanreize stärken

Für die Industrie, die für rund eine Million Arbeitsplätze steht, verdeutlichen die Fakten den Handlungsbedarf. Der hohen Arbeitslosigkeit steht ein Rekordstand an beim AMS gemeldeten offenen Stellen (113.849) gegenüber. Auf der neuen AMS-Jobplattform „alle jobs“ findet man sogar weit über 200.000 Stellenangebote. Auch im produzierenden Sektor, beispielsweise Stellen in den Bereichen Maschinenbau, Herstellung von Metallerzeugnissen, Hoch- und Tiefbau, können offene Stellen nicht besetzt werden. Die Folge: Unternehmen sind mit einem wachsenden Fachkräftemangel konfrontiert, der



sich gerade in der aktuellen Aufschwungsphase als Wachstumsbremse erweist. Im August gab es allein in der Industrie mehr als 22.000 offene Stellen.

Um Menschen in Beschäftigung zu bringen und einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit frühzeitig entgegenzusteuern, plädiert die IV dafür, Beschäftigungsanreize zu

stärken: Wenn etwa das Arbeitslosengeld in Kombination mit einer geringfügigen Beschäftigung von der Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung abhält, dann muss man dies evaluieren. Beim Arbeitslosengeld schlägt die Industrie ein degressives Modell vor: Dabei wäre das Arbeitslosengeld am Anfang höher und würde mit der Zeit sinken. Gerade die Unterstützung bei

Langzeitarbeitslosigkeit fällt im internationalen Vergleich in Österreich großzügig aus.

Lohnnebenkosten senken

Anschub für mehr Arbeitsplätze würde zudem eine Entlastung bei den im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Lohnnebenkosten bringen. Konkretes Beispiel: In Deutschland ist der Beitrag zur Arbeits-

Im August gab es allein in der Industrie mehr als 22.000 offene Stellen.

losenversicherung mit 2,4 Prozent deutlich niedriger als in Österreich (6 Prozent). Es sprechen also viele Gründe für eine umfassende Arbeitsmarktreform, damit Österreich im Bereich der Arbeitslosigkeit wieder an das europäische Spitzenfeld aufschließt. Mit einer Arbeitslosenquote von 6,2 Prozent liegt die Alpenrepublik im EU-Mittelfeld, 2013 lag man hier noch auf Platz 1.

Vorrang für die Zukunft

Digitale Transformation und innovative Forschung sind Schlüsselfaktoren für Wertschöpfung und Wachstum in der Zukunft. Die Industriellenvereinigung setzt sich dafür ein, dass die Digitalisierung zur DNA Österreichs wird – und sagt, was dafür zu tun ist.

Dass Corona auch einen enormen Digitalisierungsschub gebracht hat, steht außer Frage. Die Pandemie war in vielen Bereichen so etwas wie ein Crashkurs für die digitale Transformation. Aber der Weg zu einem wettbewerbsfähigen Digital-Standort Österreich ist noch weit. Dies zeigt auch eine neue Studie von Industriellenvereinigung und Accenture. Ihr zentrales Ergebnis: 33,3 Prozent der Großunternehmen nutzen Analysen und Vorhersagen aus Daten oder wenden entsprechende Geschäftsmodelle an. Bei KMU ist der Anteil weniger als halb so hoch. Es besteht daher nicht nur bei Klein- und Mittelbetrieben, sondern auch bei den großen Playern der Wirtschaft digitaler Handlungsbedarf. „Europa verliert im Vergleich zu Amerika und Asien an Boden, besonders bei zukunftsweisenden digitalen Schlüsseltechnologien. Hier haben wir Aufholbedarf – wir müssen den Produktionsstandort in eine erfolgreiche Zukunft führen“, erklärt IV-Präsident Georg Knill.

Digitalisierung und Forschung als Wachstumsturbos nützen

Die IV forciert die digitale Transformation des Standortes gezielt. Sie erarbeitete im Rahmen der Task Force Digitalisierung und Künstliche Intelligenz einen Aktionsplan. Das aus guten „analogen“ Gründen: Digitalisierung ist für Wachstum und Jobs unverzichtbar. Stärker digitalisierte Unternehmen haben ein bis zu 7,2 Prozentpunkte höheres Mitarbeiterwachstum. Sie konnten im Zeitraum 2016 bis 2019 ein Produktivitätswachstum von durchschnittlich 7,1 Prozent realisieren, so die erwähnte Studie. Ebenso beeindruckend wirkt der Wachstumsturbo Forschung: Forschungsaktive Unternehmen verzeichnen ein viermal höheres Umsatz- und 18-fach höheres Beschäftigungswachstum. Stefan Borgas, CEO von RHI Magnesita und Vorsitzender der IV-Task Force Digitalisierung und KI erklärt die Ambitionen der Task Force: „Österreich soll bis 2030 zu den Top-3-Digitalisie-

rungsvorreitern in Europa aufschließen, sich als Digitalisierungs-Hotspot positionieren und Digitalisierung in seiner DNA verankern.“ Borgas fordert zudem die Umsetzung einer echten Technologieoffensive für die angewandte Forschung als Grundlage für jegliche Digitalisierungsoffensiven.

„Wir brauchen keine Verbote, sondern Vorrang für eine gute Zukunft.“

Georg Knill
IV-Präsident

Prioritäten für digitale Transformation und Forschung

Die wichtigsten Anliegen der Industrie für Digitalisierung und Forschung in Österreich auf einen Blick.

Datenaustausch-Plattformen: Datennutzung und digitale datengetriebene Geschäftsmodelle helfen dabei, Effizienzsteigerungen und Wertschöpfungspotenziale zu heben, neue Kundengruppen zu erschließen und die Resilienz zu erhöhen. IV-Präsident Knill: „Für die Entwicklung von digitalen Geschäftsmodellen braucht es in erster Linie eine ausreichende Verfügbarkeit von hochwertigen Datensätzen – und daher eine Datenaustausch-Plattform, um Daten freiwillig, unter höchsten Anforderungen an den Datenschutz und unter Absicherung von Geschäftsgeheimnissen, sinnvoll teilen zu können.“

Cybersecurity-Know-how: Im Jahr 2019 wurde weltweit jedes Unternehmen durchschnittlich Opfer von über 200 Cyberangriffen

mit Schäden in Billionenhöhe. Laut der aktuellen KPMG-Studie „Cyber Security in Österreich 2021“ verzeichnen 38 Prozent der Unternehmen eine Zunahme von Cyberangriffen seit der Corona-Krise. Insgesamt waren bislang sogar 60 Prozent aller österreichischen Unternehmen Opfer eines derartigen Angriffs, der Großteil sogar mehrmals. Borgas: „Es ist notwendig, am Puls der Zeit zu bleiben. Die Cyberattacken werden perfider, die Hacker immer fortschrittlicher in ihren Methoden. Daher müssen wir hier in die Offensive übergehen und konsequent in Cybersecurity investieren.“ Somit ist mehr Know-how zum Thema in Österreich notwendig: Cybersicherheit soll in sämtlichen Ausbildungswegen integriert sein. Internationale Vernetzung und strategische Beteiligung an Cybersecurity-Initiativen müssen ebenso am Programm stehen, wie die Anwerbung ausländischer Security-Fachleute und betriebsübergreifende Zusammenarbeit. Cybersecurity-Investitionen im Unternehmen sollen zudem durch steuerliche Begünstigungen unterstützt werden. „Unser Ziel ist es, Österreich zu einem unüberhörbaren Player zu entwickeln, der Cybersecurity als einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor in Österreich etabliert hat“, erklärt der IV-Task Force-Vorsitzende Borgas.

Technologieoffensive: Um Österreichs technologische Kompetenzführerschaft in strategisch wichtigen Bereichen zu erhöhen, plädiert die Industrie für den Ausbau von FTI-Programmen in den Bereichen innovative Produktionstechnologien, Schlüsseltechnologien für die digitale Transformation der Produktion, Energie- und Mobilitätsforschung sowie für eine Stärkung des Life Science-Standorts Österreich. Zudem müssen themenoffene F&E-Formate (z.B. die Basisprogramme), die eine wichtige Radarfunktion für frühzeitige Entwicklungen im Innovationssystem erfüllen, abgesichert werden. Die ebenfalls in der österreichischen FTI-Strategie angekündigte Weiterentwicklung der Nationalstiftung, ein wesentlicher Bau-

stein der österreichischen FTI-Finanzierung, zum „Fonds Zukunft Österreich“ muss rasch umgesetzt und die Finanzierung abgesichert werden. „Die Zeit drängt. Nur damit können zentrale F&E-Aktivitäten von forschungsintensiven Unternehmen sichergestellt und ein zusätzlicher Schub für Wachstum und Arbeitsplätze erzeugt werden“, so Knill.

„Österreich soll bis 2030 zu den Top-3-Digitalisierungsvorreitern in Europa aufschließen.“

Stefan Borgas
Vorsitzender der IV-Task Force Digitalisierung und KI

Mehr MINT-Fachkräfte: Erfolgreiche digitale Transformation und Innovation brauchen mehr entsprechend qualifizierte Fachkräfte. Österreichs FTI-Strategie sieht 20 Prozent mehr MINT-Absolventinnen und -Absolventen aus HTL, FH und Universität bis 2030 vor. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, schlägt die Industrie die Entwicklung einer MINT-Road-Map vor. Außerdem soll es eine MINT-Qualitätsoffensive vom Kindergarten bis zur Hochschule sowie die Einrichtung von MINT-Regionen geben, um flächendeckend mehr „MINT-Spirit“ in Österreich zu erzeugen.

Für IV-Präsident Georg Knill ist klar: „Egal, ob es um digitale Transformation oder Klimaschutz geht – die starke österreichische Industrie ist der Schlüssel, mit dem wir die großen Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich meistern können. Wir brauchen keine Verbote, sondern Vorrang für eine gute Zukunft.“



DIGITALISIERUNG PASSIERT NICHT VON SELBST

IV-Ausschussvorsitzende für Forschung, Technologie und Innovation,
Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß (CEO der Fronius International GmbH),
über digitale Herausforderungen für den Standort.



„Die digitale Transformation muss aktiv gestaltet werden.“

Österreich hat durch Corona einen Digitalisierungsturbo erlebt, den es sonst nie gegeben hätte, sagen viele. Sehen Sie das auch so?
Wird verstärkt über digitale Medien gearbeitet, ist dies noch kein Digitalisierungsturbo. Wir nützen nur digitale Tools mehr. Digitalisierung bedeutet für mich mehr: das Nützen der Technologie, um dem Kunden bessere und effizientere Lösungen anzubieten und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Die digitale Transformation muss aktiv gestaltet werden. Für eine erfolgreiche digitale Zukunft braucht es etwa ein attraktives innovationsförderndes Umfeld und qualifizierte Fachkräfte. Das erfordert eine Kombination aus innovativen Unternehmen und einem innovativen Staat, der die nötigen Rahmenbedingungen schafft. Erfolgreiche Digitalisierung passiert ja nicht von selbst. Alle Beteiligten müssen ihre digitalen Hausaufgaben erledigen.

Was ist vorrangig notwendig?
Es ist grundsätzlich wichtig, Österreichs Technologiekompetenz durch Forschung & Entwicklung massiv auszubauen. Österreich soll sich bei internationalen KI- und Daten-Initiativen aktiv beteiligen und eine internationale Vorreiterrolle einnehmen. Ganz entscheidend ist auch der Bildungsbereich: Dort brauchen wir ein verstärktes digitales Mindset, etwa in der Lehrer-Aus- und Weiterbildung. Um digitale Kompetenzen vermitteln zu können, müssen diese erst einmal aufgebaut werden.

Wie kann man Unternehmen überzeugen, sich aktiv und noch stärker als bisher mit Digitalisierung zu beschäftigen?
Indem man die Zahlen und Fakten sprechen lässt: Unternehmen mit fortgeschrittenem Digitalisierungsgrad verfügen nicht nur über eine signifikant verbesserte Krisen-Resilienz, sondern tätigen auch mehr Investitionen.

Entscheidende Treiber sind Industrie 4.0 sowie Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz. Digitalisierung und Technologie haben sich in den vergangenen Monaten eben nicht nur als kurzfristige Kriseninstrumente bewährt, sondern sichern auch langfristig die Wettbewerbsfähigkeit.

Wie bewerten Sie die österreichische KI-Strategie?
Die präsentierten Eckpunkte sind ein wichtiges Signal der Politik, die Entwicklung und Nutzung von KI zu forcieren. Wichtig ist jetzt die konsequente Umsetzung. Als Industrie sind wir dabei verlässliche Partner – wie auch beim Klimaschutz. Innovative Technologien und ihre innovative Anwendung machen in jeder Hinsicht den Unterschied.



ALPBACHER TECHNOLOGIEGESPRÄCHE IM RÜCKBLICK

Von der Umsetzung der FTI-Strategie der Bundesregierung über konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Digitalisierungsstandortes Österreich bis hin zur Sicherung des Innovationsnachwuchses in den MINT-Disziplinen – bei den Alpbacher Technologiegesprächen setzte die IV die zentralen innovationspolitischen Themen auf die politische Agenda. Unter anderem beim Digitalisierungsgipfel oder beim FTI-Talk tauschten Vertreterinnen und Vertreter aus Industrie, Politik und

Wissenschaft darüber aus, welche Weichen in den kommenden Monaten gestellt werden müssen. Weiteres Highlight war die die Breakout-Session des Vereins zur Förderung von Forschung und Innovation (vffi) und der IV. Diese lieferte Lösungsansätze, wie Österreich mehr Talente in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik gewinnen kann, unter anderem durch die Etablierung von MINT-Regionen oder den Einsatz moderner Kommunikationsformen zur Begeisterung der Jugend.



IV-Präsident Georg Knill und Stefan Borgas, CEO von RHI Magnesita und Vorsitzender der IV-Task Force Digitalisierung und KI, präsentierten beim Digitalisierungsgipfel die Eckpunkte des IV-Aktionsplans „Digital.Erfolreich.Industrie. – Transformation zum digitalen Österreich 2030+“, der von rund 50 IV-Mitgliedunternehmen entwickelt wurde.



Breakout-Session der IV und des Vereins zur Förderung von Forschung und Innovation (v.f.i.): Karin Bauer (Der Standard), Thomas Sattelberger (Mitglied des Deutschen Bundestages), Alexandra Bosek (Bundesschulsprecherin), Sabine Herlitschka (IV-Vizepräsidentin), Barbara Weitgruber (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung), Martin Moder (Science Busters), Katharina Unger (Livin Farms)



Beim FTI-Talk diskutierte IV-Generalsekretär Christoph Neumayer mit Hannes Androsch (AIC Androsch International Management Consulting GmbH), Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, AIT-Direktor Wolfgang Knoll, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, Barbara Weitgruber vom Forschungsministerium und Rosa Lyon (ORF).

Welche Weichenstellungen der Standort Europa braucht

Beim Salzburg Summit 2021 stand „A Commitment to Europe“ im Fokus:
Mehr als 200 Gäste und 35 Speaker setzten sich mit der Zukunft des europäischen Standortes auseinander

Die Mozartstadt zeigte sich von ihrer besten Seite, als nach einjähriger Pause der Salzburg Summit wieder Einzug hielt. Auch Gäste und Speaker aus Industrie, Wirtschaft, Politik und Kultur waren bester Laune, nach langer Veranstaltungsabstinenz endlich wieder physisch aufeinander treffen zu können. Der Salzburg Summit stellte in diesem Jahr ein klares Bekenntnis zu Europa in den Mittelpunkt. Gleichzeitig sollte darüber diskutiert werden, wo der Sand im europäischen Getriebe verortet werden könne und wie man dieses wieder zum Laufen bringen werde.

So stellte IV-Präsident Georg Knill zu Beginn fest, dass Europa neu verstanden werden müsse. Dies gelte für alle Bereiche, sowohl für den Binnenmarkt als auch Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Österreich sei die klimaschonendste Fertigungsstätte der Welt und so wäre die Industrie ohnehin Teil der Lösung in Sachen Klimaschutz. Anders sehe die Welt in Sachen Digitalisierung aus. Österreich liege hier laut Digitalisierungs-Index

im europäischen Mittelfeld und müsse sich auch auf die Hausaufgaben konzentrieren. Knill: „Unternehmen, die nicht digitalisieren, haben keine Zukunft.“

Es droht ein digitaler Eiserner Vorhang
Vor der untergeordneten Rolle Europas im digitalen Wettbewerb warnte Tim Höttges, CEO der Deutschen Telekom. USA und China seien enorm am Vormarsch. Der globale Zerfall in zwei Technosphären würde eine geopolitische Bedrohung für Europa bedeuten. „Es droht ein digitaler Eiserner Vorhang“, so Höttges. Europa müsse dringend handeln, angefangen vom Kartellrecht über Investitionen in digitale Infrastruktur, Komponenten sowie Plattformen. Zustimmung fand er dafür von Hermann Hauser, Investoren-Legende und Miterfinder des Computerchips. Die technologische Souveränität Europas wäre nicht mehr gegeben. Blockchain, Synthetische Biologie sowie Artificial Intelligence und Quantencomputing seien die vier Technologien, die künftig die Welt verändern würden und außerdem eine Riesenchance für Europa wären.

Investitionen in den digitalen Bereich seien auch für Bundeskanzler Kurz wichtig, jedoch nicht rein staatlich, meinte er, angesprochen auf die derzeitigen OECD-Empfehlungen. Er sei sich jedoch der „Luft nach oben“ in Sachen Klimaschutz, Bildung und Digitalisierung bewusst. Auch die Rückkehr aus der Krise sei nicht alleine durch staatliche Investitionen zu bewältigen, auch wenn es Politikern leichter falle Geld auszugeben, als einzusparen. Weitere geopolitische Impulse gaben der neue OECD-Generalsekretär Mathias Cormann und der stv. Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO), Jean-Marie Paugam, die über eine Post-COVID-Ära diskutierten. Der französische Staatssekretär Clément Beaune lieferte Einblicke in die französische EU-Ratspräsidentschaft und BusinessEurope-Generaldirektor Markus Beyrer erörterte mit weiteren Experten den europäischen „Fit-for-55“-Plan.

Newcomer aus europäischer Start-up-Szene
Auch Newcomer aus der europäischen Start-up-Szene brachten sich in den Salzburg

Summit ein. Wie man durch Marktliberalisierung ein Geschäftsmodell aufbauen kann (FlixBus), wurde dabei ebenso erzählt wie die Geschichte der begehrtesten Kinderfahrräder der Welt (Woom-Bikes). Die Chancen durch Digital Marketing wurden von Waterdrop eindrucksvoll präsentiert. Ebenso wie Quantencomputing die Welt verändern kann (Parityqc) und wie ethische Artificial Intelligence ein Steckenpferd für Europa werden könnte (Leftshift One).

In weiteren Keynotes und Diskussionen waren unter anderem EFPIA-Präsident Hubertus von Baumbach, Saori Dubourg, Vorstandsmitglied/BASF, oder Stephanie Flanders/Head of Economics, Bloomberg News, Ralf Kleber, Amazon Deutschland-CEO, Josef Penninger, Universität British Columbia, Sigrid Stagl, Professorin für ökologische Ökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien, Domagoj Dolinsek, Gründer von Plan-radar, Jörn Nikolay, Managing Director von General Atlantic DACH-Region, oder Josef Aschbacher, Generaldirektor der European Space Agency, auf der Bühne vertreten.



1. Martin Waldhäusl (MTH Group), IV-Generalsekretär Christoph Neumayer, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, Georg Spiegelfeld (Spiegelfeld Immobilien GmbH), Gabriela Spiegelfeld (Spiegelfeld Kommunikation), Andreas Rudas, IV-Präsident Georg Knill
2. Verbund-CEO Michael Strugl, IV-Salzburg-GF Irene Schulte, BusinessEurope GD Markus Beyrer, Georg Schöppl (Vorstand Österreichische Bundesforste AG)

3. Timotheus Höttges (Vorstandsvorsitzender Deutsche Telekom AG)
4. Bundeskanzler Sebastian Kurz, IV-Präsident Georg Knill, Igor Strehl (AR FAME Investments AG)
5. Bundeskanzler Sebastian Kurz mit Moderatorin Corinna Milborn (Puls 4)
6. Josef Aschbacher (GD European Space Agency) mit Finanzminister Gernot Blümel
7. Hubertus von Baumbach (Präsident European Federation of Pharmaceutical Industries and

Associations), Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, Abg.z.NR. Therese Niss (Mitterbauer-Beteiligungs AG), Josef Penninger (Leitung Life Sciences Institute, University of British Columbia)
8. Sigrid Stagl (Gründerin des Institutes für ökologische Ökonomie, WU Wien), Klimaministerin Leonore Gewessler, IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren, Saori Dubourg (Vorstand BASF), Markus Beyrer (BusinessEurope)

9. IV-Vizepräsidenten F. Peter Mitterbauer und Philipp von Lattorff
10. Corinna Milborn (Puls 4) mit Clément Beaune (Frankreichs Staatssekretär für europäische Angelegenheiten) und Europaministerin Karoline Edtstadler
11. Bundesministerin Elisabeth Köstinger mit Magenta Telekom-CEO Andreas Bierwirth

Sicherheit als Eckpfeiler der Digitalisierung

Die strategische Umsetzung der Digitalisierung ist ein Schlüsselfaktor, um die Konkurrenzfähigkeit Europas zu wahren. Die gruppe1031 beschäftigt sich intensiv mit dem Thema.

Ein Blick auf die Liste der digitalen Vorreiter der Weltwirtschaft kann aus europäischer Sicht für Ernüchterung sorgen. Die Digitalisierung der europäischen Wirtschaft ist ausbaufähig und die internationale Konkurrenzfähigkeit in Gefahr. Andererseits ist Österreich mit seinen Hidden Champions ein wesentlicher und erfolgreicher Teil von globalen Wertschöpfungsketten sowie globaler Innovationstreiber.

Mit den Anforderungen an Digitalisierung steigen bekanntlich auch die Angriffe auf digitale Unternehmens-Assets und zielen auf das „Intellectual Property“ von Marktführern und den Innovationsstandort Europa ab. Die Statistiken der jährlichen Risk-Reports sprechen hierbei eine deutliche Sprache.

Wie die Entwicklung der eingesetzten Budgets und internen Kommunikationsmaßnahmen zeigt, ist diese Bedrohungslage den heimischen Unternehmen auch bewusst. Das bestätigt die KPMG-Studie Cybersecurity aus diesem Jahr:

- 74 Prozent der befragten Betriebe haben ihr Budget für Cybersecurity im letzten Jahr erhöht.

- 53 Prozent der befragten Firmen gaben an, dass die Unternehmensleitung in der COVID-19-Pandemie die Thematik aktiv an die Belegschaft adressiert hat.
- 36 Prozent der befragten Unternehmen stellten fest, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während der Pandemie einen erhöhten Informationsbedarf zum Thema Cybersicherheit hatten.

Dennoch werden die aktuellen Bestrebungen der Unternehmen nicht ausreichen, um diesen Wendepunkt in der Konkurrenzfähigkeit Europas erfolgreich zu gestalten. Es bedarf einer unternehmensübergreifenden Abstimmung und Unterstützung der österreichischen Betriebe in der strategischen Ausrichtung der Digitalisierung bei zeitgleicher Absicherung der (kritischen) Infrastruktur, der Betriebsfähigkeit und des Intellectual Properties.

Neben unterstützenden Maßnahmen durch staatliche Institutionen und einer Investitionsprämie zur Erhöhung des Reifegrads für Cybersecurity-Maßnahmen in Unternehmen braucht es aber insbesondere für die österreichische Industrie eine zentrale Steuerungseinheit, um präventive Aktivitäten und

„best practices“ unternehmensübergreifend zu koordinieren, ebenso aber auch um nach erfolgten Attacken zu unterstützen.



WEBTIPP

Eine Langfassung dieses Artikels, verfasst von Marion Mehofer, Oliver Pillwein, Daniel Theuermann, Philipp Töbich und Georg Zeitler von der gruppe1031, findet sich unter **www.gruppe1031.at**. Für den November plant die gruppe1031 ein Symposium zum Thema.



Softpower reicht nicht

Das Thema Europa sollte uns wieder mehr beschäftigen, leider.

Das mit der EU ist so eine Sache: Einerseits ist den meisten bewusst, dass diese, gerade für uns in Österreich, eine feine Sache ist. Andererseits ist Europa kompliziert und komplex – wie die EU funktioniert und warum sie eigentlich überraschend gut funktioniert in vielen Bereichen (z.B. bei den Coronahilfen!), durchschauen meist nur Insider.

Seitens der JI haben wir in der Vergangenheit daher immer wieder mit Unterstützung des IV-Büros in Brüssel Mitglieder in das Herz der EU geladen – es waren stets sehr spannende Einblicke. Nach Corona wollen wir diese Aktivitäten wieder aufnehmen, vielleicht wird 2022 sogar die Bundestagung in Brüssel stattfinden. Mehr dazu aber später. Europa muss jedenfalls wieder stärker in den Fokus rücken. Neben dem Thema Umwelt, das aktuell in aller Munde ist, oder auch dem Thema Cybersecurity, das uns ohnehin auch mehr beschäftigen muss: In vielen Bereichen geht nichts mehr ohne die große Klammer Europa. Europa wird oft große „Softpower“ konstatiert, mit großer wirtschaftlicher Kraft. Allein das wird nicht reichen. In der Außen- und Sicherheitspolitik etwa wird seit Jahren davon geredet, dass Europa allein handlungsfähig werden müsste. In den letzten Wochen hat sich aber wieder gezeigt: Ohne die USA geht nichts. Und gerade auch im Bereich der digitalen Welt sind wirtschaftliche und sicherheitspolitische Aspekte immer stärker und öfter deckungsgleich. Parallel wurde das gemeinsame europäische Haus in letzter Zeit, ob durch nationale Aufwallungen durch Corona, den Streitigkeiten mit einzelnen Mitgliedstaaten oder den Brexit, stark erschüttert. Die Wahrheit ist aber: Ohne das gemeinsame Europa wird es nicht gehen – daher sind wir alle aufgerufen, aktiv den Blick wieder öfter und fokussierter nach Brüssel zu richten.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

ZUSAMMENKOMMEN AN DER GRENZE

Unter dem Motto „Gemeinsam – Insieme – Skupaj“ organisierte die JI-Kärnten einen Familienwandertag im Grenzgebiet. Im heurigen September führte der Weg zum Dreiländereck, der Nahtstelle zwischen Italien, Österreich und Slowenien. Es wanderten Mitglieder der JI, der Confindustria Udine und des Slowenischen Wirtschaftsverbands vor dem Hintergrund der beeindruckenden Naturkulisse der Karawanken.



JI-TIROL TESTET ROBOTER

Die JI-Tirol hatte unter dem Motto „Beer and Robots“ vor Kurzem in das Zentrum für Produktion, Robotik und Automatisierung in Innsbruck geladen. In entspannter Netzwerk-Atmosphäre bestand hier vor allem die Möglichkeit, selbst Roboter zu testen und spannende Einblicke in die Automatisierung zu gewinnen.



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Brigitte Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Fronius International GmbH, AdobeStock, IV-Burgenland/Daniel Grossmann, IV-Kärnten/AdobeStock, IV-NÖ/Felix Büchele, IV-OÖ/Krügl, IV-Salzburg/AdobeStock, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/AdobeStock, IV-Vorarlberg/Sams, IV-Wien/AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Die EU braucht eine klare USA-China-Strategie

Die USA und China konkurrieren um die politische und ökonomische Führungsrolle in der Welt. Europa muss die richtigen Antworten entwickeln, um seine Interessen zu wahren, analysiert Michael Löwy, der den IV-Bereich Internationale Beziehungen und Märkte leitet.

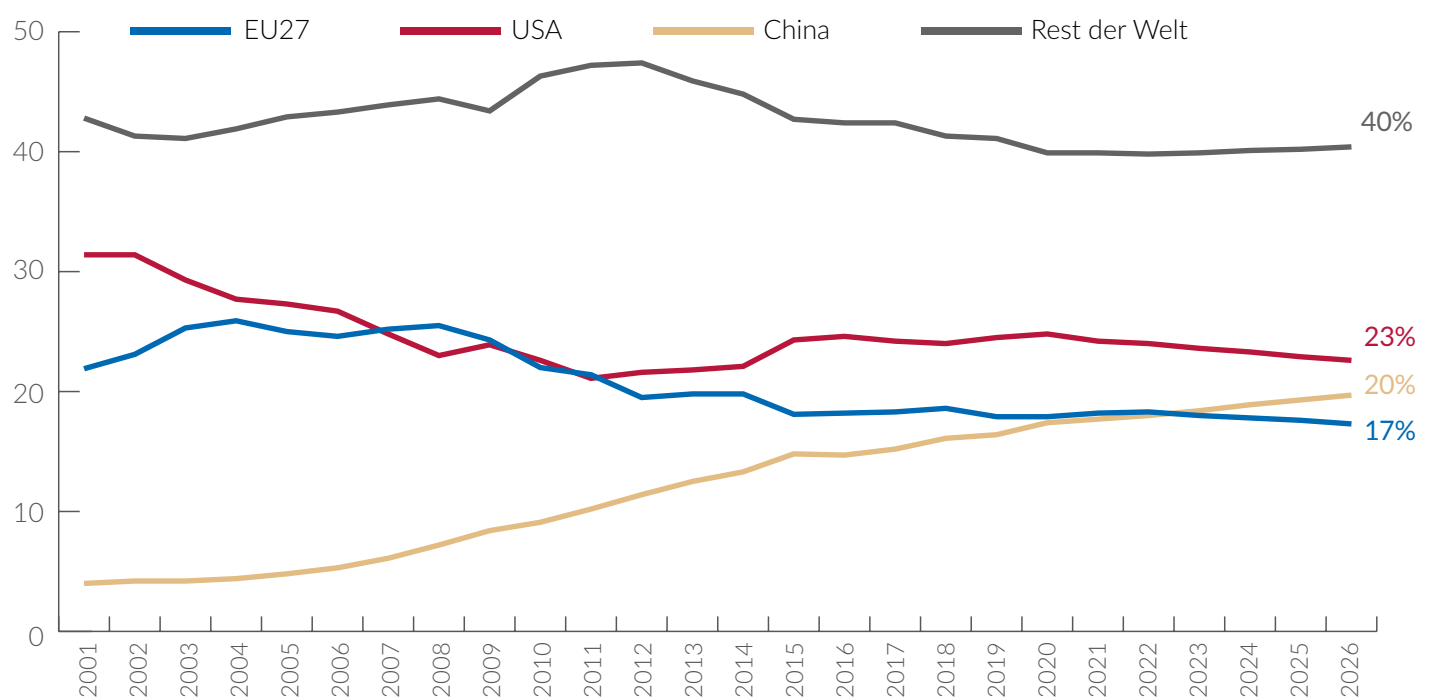
In diesem Jahr wird China mehr als 25 Prozent – und damit beinahe doppelt so viel wie die EU – zum globalen Wirtschaftswachstum beitragen. Das britische Centre for Economics and Business Research geht zudem davon aus, dass das Reich der Mitte die USA bereits 2028 als größte Volkswirtschaft der Welt ablösen wird. Damit einher geht eine immer stärkere wirtschaftliche Vernetzung Chinas mit den großen Wirtschaftsregionen dieser Welt. Die USA sind für die Volksrepublik der wichtigste Exportmarkt, China ist wiederum bedeutendster Handelspartner für die EU und für Österreich der mit Abstand größte Absatzmarkt in Asien.

Wien als attraktiver Standort für Technologie-Leitbetriebe

Diese wirtschaftliche Verflechtung ist mit enormen Chancen für europäische Unternehmen verbunden, gleichzeitig steigt der Druck durch den zunehmenden internationalen Wettbewerb und für EU-Firmen oftmals unfaire Handelsbedingungen. Umso wichtiger ist es, dass Europa gegenüber China und den USA nicht in Rückstand gerät. Technologie und Innovation sind dabei die richtige Antwort, mit der sich die EU im Wettstreit mit den größten Volkswirtschaften der Welt erfolgreich positionieren muss. In diesem Sinne ist es entscheidend, dass sich die Länder der EU mit ihren wichtigsten Metropolen als moderner und attraktiver Standort für Technologie-Leitbetriebe präsentieren und behaupten. Dies gilt insbesondere auch für Wien, das Sitz vieler bedeutender internationaler Organisationen ist und dadurch zu den wichtigsten weltpolitischen Hauptstädten zählt.

Den Rahmen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit steckt nach wie vor die Politik ab. Die ersten Monate der neuen US-Administration unter Präsident Joe Biden haben gezeigt, dass die USA ihren konfrontativen Kurs gegenüber China fortsetzen. Für die Vereinigten Staaten von Amerika ist es nicht nur der

Anteile am Welt-BIP zu laufenden Preisen und Wechselkursen



größte wirtschaftliche Konkurrent – auch in geostrategischen oder sicherheitspolitischen Fragen ist es zum Rivalen aufgestiegen. Augenscheinlich wird dies etwa im südchinesischen Meer, wo China seine militärische Präsenz ausweitet. Auch in Afghanistan arbeitet die Volksrepublik intensiv daran, ihre Interessensphäre zu vergrößern. Mit dem Seidenstraßen-Projekt verbreitert China zudem seinen (ökonomischen) Einfluss bis nach Europa, in Afrika zählt es mittlerweile zu den größten Investoren. Auch in internationalen Organisationen, wie UNO, WTO und auch technischen Normierungsinstitutionen, arbeitet das Reich der Mitte daran, internationale Standards zu setzen, die auch für die heimische Industrie von hoher Bedeutung sind.

Abkommen mit USA und China forcieren

Neben der politischen und militärischen Rivalität der beiden Großmächte erleben wir

aktuell zudem ein Auseinanderdriften von Handelsregeln, Technologien und Wirtschaftspraktiken zwischen US- und China-dominiertem Einflussraum. Auf dieses sogenannte Decoupling braucht Europa eine Antwort. Denn beide Mächte werben um die Zustimmung der EU und setzen sie dadurch unter Druck.

Erinnert sei hier an die aktuelle kritische Linie vieler EU-Länder gegenüber China, insbesondere hinsichtlich Demokratie und Menschenrechten, etwa bei der Hongkong-Politik. Jene Stimmen werden lauter, die das – wichtige und sinnvolle – Investitionsabkommen zwischen EU und China in Frage stellen. Dieses berücksichtigt wesentliche Ziele, auf die auch Österreichs Industrie gedrängt hatte: besserer Marktzugang für europäische Unternehmen, etwa bei Telekommunikation, Banken und Versicherungen sowie mehr Schutz geistiger Eigentumsrech-

te oder erhöhte Transparenz bei Subventionen. Auf der anderen Seite ist der Handelskonflikt zwischen EU und USA abgekühlt. Trotz einer nunmehr deutlich freundlicheren Rhetorik und auch Politik ist allerdings kein transatlantisches Abkommen – das nötig wäre – in Sicht. Dabei wäre dies eine Chance für Europa, globale Standards zu setzen – von technischen Normierungen über Klimaschutzmaßnahmen bis zu fairen handelspolitischen Regelungen.

Chinas ökonomischer Aufstieg der vergangenen 30 Jahre hat die politische und wirtschaftliche Weltkarte massiv verändert. Damit Europa seine starke Rolle in der Welt sichern und ausbauen kann, ist eine proaktive Klima-, Handels- und Sicherheitspolitik gegenüber bzw. mit den Wachstumsregionen der Welt sowie eine Zusammenarbeit mit den USA und China essenziell – trotz oftmals gegensätzlicher Interessenlagen.

Vollkasko: Gut fürs Auto – schlecht für Staat und Gesellschaft



DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an debatte@iv.at.

Extremsituationen wie die seit 1,5 Jahren unser Denken und Handeln dominierende Corona-Pandemie machen Verhaltensmuster im Umgang mit heiklen Entscheidungen um vieles klarer erkennbar. So hat der Umgang mit Corona deutlich gemacht, dass Europa – und ganz speziell Österreich – im Gegensatz zu den USA oder zum asiatischen Raum stark von einer „Vollkasko-Mentalität“ geprägt ist: kein Risiko nehmen, sich in vielen Lebenslagen auf staatliche Absicherung und Steuerung verlassen, Verantwortung an Strukturen und Obrigkeiten

delegieren anstatt, heiklen Situationen mit Eigenverantwortung entgegenzutreten. Die Pandemie hat nachdrücklich gezeigt: In Europa und in Österreich ist die Sehnsucht nach Krisenmanagement und starker Lenkung durch den Staat sehr groß. Doch das Erstarken des Staates in der Krise darf nicht vom Ausnahmezustand zur Normalität werden. Dies gilt bei der Einschränkung von Bürgerrechten ebenso wie bei Eingriffen ins Wirtschaftsleben.

Menschen und Unternehmen, die durch die Pandemie ins Trudeln gekommen sind, rasch und unbürokratisch unter die Arme zu greifen, war richtig und wichtig. Diese Eingriffe und Unterstützungsmaßnahmen nun aber zeitgerecht wieder zu drosseln und letztlich völlig auslaufen zu lassen, ist essenziell. Denn die Ausweitung der staatlichen Einflussnahme ist eine durchaus heikle Gratwanderung. Dem Einzelnen oder Unternehmen allzu viele Entscheidungen abzunehmen sowie durch Unterstützungsprogramme – von langfristiger Kurzarbeit bis zu den die unternehmerische Dynamik bremsenden Förderprogrammen – den Mut zu Eigenverantwortung zu schwächen, kann bedenkliche Auswirkungen nach sich ziehen. Das Erstarken des Staates in der Pandemie, mit dem Vordringen in Kompetenzbereiche, die bis dato anderen Playern vorbehalten waren, hat die „Vollkasko-Mentalität“ jedenfalls weiter verfestigt.

So zählt erfolgreiches Unternehmertum – und damit Innovation, Ideenreichtum sowie Gestaltungswille – beispielsweise nicht zu den Kernkompetenzen des Staates. Die ein oder andere Skurrilität zur unternehmerischen Rolle des Staates hat sich zuletzt insbesondere bei der Verstaatlichungsdiskussion rund um das MAN-Werk in Steyr offenbart. Alles andere als eine privatwirtschaftliche Lösung wäre hier schlicht inakzeptabel gewesen.

Aber etwa auch am Arbeitsmarkt, und damit indirekt im Sozialsystem, hat die Krise alte Schwächen schonungslos offengelegt. Bestes Beispiel ist das aktuelle Arbeitslosenversicherungsmodell mit vergleichsweise hoher und in (zu) vielen Fällen unbegrenzt zu beziehender Notstandshilfe. Gute Reformvorschläge (etwa ein degressives Arbeitslosengeld, um so eine raschere Rückkehr ins aktive Arbeitsleben zu forcieren) wurden diesbezüglich auf den Tisch gelegt – diese gilt es umzusetzen. Denn gerade jetzt sind qualifizierte Mitarbeiter als wesentliche Basis für den Aufschwung dringend gefragt. Die Industrie hat ihre Hausaufgaben vorbildlich erledigt und bietet attraktive Arbeitsplätze. Dennoch ist der Fachkräftemangel aktuell ein riesiges Problem für viele Betriebe. Übertriebene staatliche Unterstützungsmaßnahmen sollten diese Entwicklung nicht weiter befeuern. Ganz im Gegenteil: Für einen nachhaltigen Aufschwung sind nun verstärkt Impulse in Richtung Risikofreude und

Eigenverantwortung gefragt. Eigenverantwortung sollte im Übrigen auch die oberste Maxime beim Impfen sein. Und so müssen sich dringend mehr Menschen gegen COVID-19 impfen lassen, bevor der Staat hier noch zu Zwangsmaßnahmen greift.

Klar ist jedenfalls, dass die Bereitschaft Risiken einzugehen, ein zentraler Inkubator für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit ist. Dies haben gerade die USA seit langem verinnerlicht. So spricht man z.B. im Silicon Valley von „Pivoting“ statt von Fehlschlägen – Lernen aus Fehlern ist Teil des Erfolgs, richtiges Risikomanagement ist Teil der Erfolgsstrategie. Die weit verbreitete „Vollkasko-Mentalität“ unserer Gesellschaft hingegen ist Gift für den Standort Europa.

Mehr denn je benötigen die dringend anstehenden Weichenstellungen für die Post-Corona-Ära neuen Freiraum für mehr Risikobereitschaft, Wettbewerbsdenken und unternehmerische Eigenverantwortung. Nur so kann der wichtige wirtschaftliche Turbo gezündet und Österreich wieder zukunftsfit gemacht werden.

Ihr

Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien

JI-Klimazone setzt Zeichen für Vereinbarkeit von Ökologie & Ökonomie

In Kooperation mit der IV errichtete die JI-Wien über die Sommermonate die „JI-Klimazone“ vor dem Haus der Industrie. Damit wurde nicht nur etwas Grün auf den Schwarzenbergplatz gebracht, sondern auch ein weithin sichtbares Zeichen für den Beitrag der Wiener Industrie zum Umwelt- und Klimaschutz gesetzt.

Als Grünoase inmitten der Stadt lud die „JI-Klimazone“ an einer Stelle, wo sonst der Autoverkehr dominiert, die Wiener dazu ein, sich niederzulassen, zu verweilen und sich dabei über innovative Umwelt- und Klimafösungen aus der Wiener Industrie zu informieren. Auf großformatigen Plakaten wurden ausgewählte Innovationen präsentiert, die exemplarisch für die Leistungsfähigkeit der städtischen Industriebetriebe stehen. Zugleich wurde die „JI-Klimazone“ über den Sommer auch als Treffpunkt für die Veranstaltungen der Jungen Industrie genützt.

Jahresschwerpunkt „Klima & Umwelt“

Die Aktion reiht sich in das umfangreiche Programm der JI-Wien zum Thema „Umwelt & Klima“ ein, welches neben dem Themenkomplex „Vereinbarkeit von Familie & Beruf“ einen von zwei Schwerpunkten dieses Jahres bildet. Im Rahmen von Veranstaltungen werden im Gespräch mit Experten und Praktikern regelmäßig die verschiedensten Aspekte die-

ses Themas ausgeleuchtet und Bewusstsein dafür geschaffen, dass Ökologie und Ökonomie kein Widerspruch sowie Industrieunternehmen mit ihren Innovationen ein wesentlicher Teil der Lösung sind. Bisher fanden etwa Talks mit Vertretern der Zentralanstalt für

Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) und der Europäischen Kommission statt, ebenso mit Unternehmern aus der Photovoltaik- und Lebensmittelbranche sowie Aktivisten von „Fridays for Future“. Weitere Veranstaltungen und Aktivitäten sind in Planung.



Das JI-Projektteam, bestehend aus Valerie Szczepanski, Franz Rumpler (2.v.r.) und Niki Griller (r.), mit IV-Präsident Georg Knill



„Wichtig ist die weitere Profilschärfung der Region Wien“

Peter Mayerhofer und Matthias Firgo, Senior Economists des WIFO und Autoren des „Berichts zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens“ sprachen mit den iv-positionen über die Auswirkungen der Pandemie auf die Wiener Wirtschaft und Industrie, Chancen für smarte Produktion in der Großstadt und die großen Herausforderungen der nächsten Jahre.

Wie ist es Wiens Wirtschaft bisher in der Pandemie ergangen?

Die COVID-19-Krise hat auch in Wien eine schwere Rezession ausgelöst. Die Bruttowertschöpfung brach im Jahr 2020 um real 5,6 Prozent ein, etwas weniger als in Österreich (-6,4 Prozent), weil der Absturz im 1. Halbjahr milder war. Dabei geht das Wachstumsminus Wiens zur Gänze auf den Wiener Dienstleistungsbereich zurück – mit Tourismus, Verkehrswirtschaft sowie Kultur- bzw. Freizeitwirtschaft als Brennpunkten. Die Industrie wirkte dagegen konjunkturstützend: Sie konnte (nur) in Wien ihre Wertschöpfung sogar steigern, wobei nach Branchen freilich ganz unterschiedliche Entwicklungen zu registrieren waren.

Wie sehen die Prognosen für 2021 und 2022 aus?

Nach den noch durch Lockdown-Maßnahmen geprägten Monaten bis Mai 2021 sehen wir jetzt eine kräftige und robuste Aufwärtsentwicklung. Für das Gesamtjahr sollte damit nach WIFO-Prognose für Wien noch ein Wertschöpfungszuwachs von real +3,6 Prozent und ein Beschäftigungszuwachs von +2,0 Prozent möglich sein. Wien wird also weitgehend der nationalen Aufwärtstendenz folgen, mit geringfügigen Nachteilen aus der erst schrittweisen Erholung des internationalen Dienstleistungshandels, vor allem des Städtetourismus. Für Österreich prognostizierte das WIFO im Juni für 2021 ein reales Plus im BIP von 4,0 Prozent, für 2022 von 5,0 Prozent.

Was können Stadt und Bund tun, um den Weg aus der Krise zu beschleunigen und den Standort Wien resilient und fit für den immer stärker werdenden internationalen Wettbewerb zu machen?

Die Erholung aus der Krise ist derzeit kräftig, wirtschaftliche Abwärtsrisiken kommen eher von medizinischer Seite. In dieser Situation sind smarte Initiativen zur Stärkung der Impfbereitschaft auch konjunkturpolitisch die wohl wichtigste Aufgabe – für die öffentlichen Träger, aber auch die regionalen



Peter Mayerhofer

Unternehmen. Die weitere Wettbewerbsfähigkeit Wiens dürfte sich vor allem über die Fähigkeit entscheiden, die anstehende digitale und ökologische Transformation zu bewältigen und für neue Chancen zu nutzen. Dies bedarf unternehmerischer Initiative, aber auch einer aktiven Rolle der öffentlichen Hand: Notwendig ist die Anpassung zentraler Infrastrukturen, die Förderung einschlägiger Investitionen bzw. Forschungsaktivitäten und die Diffusion von „good practices“, etwa über Demonstrationsprojekte. Notwendig ist aber auch eine konsequente Bildungs- und Qualifizierungspolitik, denn ohne entsprechende Kompetenzen in den regionalen Humanressourcen werden kompetitive Vorteile im digitalen und post-fossilen Zeitalter nicht zu haben sein.

Das WIFO arbeitet aktuell am fünften „Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Wiens“. Erstmals findet sich darin auch eine Auswertung zu den sechs Spitzenthemen der Strategie „Wien 2030: Wirtschaft & Innovation“. Können Sie uns schon etwas zu den Ergebnissen verraten?

Der Bericht wurde noch nicht veröffentlicht, weshalb wir an dieser Stelle noch keine Details präsentieren können. Generell zeigt sich aber, dass die sechs „Wiener Spitzenthemen“ die Stärken der Wiener Wirtschaft sehr gut abbilden. Auch konnten



Matthias Firgo

wir schon zu Beginn der Programmperiode für alle Themenbereiche eine solide Basis für die Weiterentwicklung der avisierten Aktivitäten identifizieren. Generell zeigt die Analyse, dass viele der Stärken Wiens im Bereich wissensintensiver Business Services liegen. Dennoch hat die Wiener Wirtschaft auch einen innovativen industriellen Kern mit hoher Wettbewerbsfähigkeit und erheblichem Zukunftspotenzial.

Die IV-Wien koordiniert im Rahmen von „Wien 2030“ das Spitzenthema „Smarte Produktion in der Großstadt“. Wie ist es um diesen Bereich bestellt und was kann Wien tun, um hier noch besser zu werden?

Das Spitzenthema setzt nach unserer Analyse auf einem industriell-gewerblichen Kern auf, der stark technologieorientiert ist. Zusammen mit den deutlichen Stärken Wiens in weiten Teilen der wissenschaftlichen und technologischen Dienstleistungen bietet das Thema durchaus günstige Voraussetzungen für die angestrebte Zielsetzung einer innovativen und wettbewerbsfähigen urbanen Produktion in der Metropolregion: Moderne, hybride Fertigungsformen beruhen ja gerade auf der synergetischen Verschränkung von Produktions- und Dienstleistungskomponenten, um am Markt mit Problemlösungen, statt mit einfachen Produkten zu punkten. Wichtig scheint dazu die weitere

Schärfung des Profils der Region in Hinblick auf Alleinstellungsmerkmale. Initiativen könnten vor allem auf die vorhandenen strukturellen Stärken bzw. Aktivitäten mit hohem Entwicklungspotenzial (Schienenfahrzeugbau, Pharmaindustrie, Medizin- und Kommunikationstechnik, Sparten der Nahrungsmittelproduktion) aufbauen, ergänzt um partielle Ansiedlungsbemühungen in komplementären, aber am Standort fehlenden Bereichen sowie von spezialisierten F&E-Einrichtungen.

Welche sehen Sie als die drei größten Herausforderungen für Wiener Unternehmen in den nächsten Jahren?

Gerade für metropolitane Industrieunternehmen bleibt erstens eine hohe Forschungs- und Innovationsorientierung zentral. Sie wird in Zukunft noch verstärkt auf die Verbindung von Technologiefeldern in neuen Anwendungsgebieten abzielen müssen, um neue Produkt-Markt-Kombinationen zu eröffnen. Zweitens werden die Integration digitaler Technologien und der Aufbau der dazu benötigten Kompetenzen in Fertigung und Logistik zunehmend über den Markterfolg entscheiden. Nach rezenten Umfragen ist dies den heimischen Unternehmen sehr bewusst, viele sehen sich aber gegenüber der Konkurrenz (noch) im Nachteil. Letztlich dürften auch von Veränderungen in den internationalen Wertschöpfungsketten Risiken wie Chancen ausgehen: So könnten Automatisierung und Industrie 4.0-Anwendungen neue Möglichkeiten eröffnen, auch Fertigungsfunktionen wieder in verdichteten und hoch entwickelten Räumen kosteneffizient abzuwickeln. Gleichzeitig könnten Tendenzen des „backshoring“ und „home-sourcing“ zur Stärkung der Resilienz von Lieferketten international agierende heimische Zulieferer negativ tangieren, weil sie mit einer Ausdünnung von Wertschöpfungsketten einhergehen. Umso wichtiger wird für diese Unternehmen die weitere Arbeit an firmenspezifischen Wettbewerbsvorteilen sein, um einen Status als schwer verzichtbare Systemzulieferer in Produktionsverbünden abzusichern.